



8M

für Millennium, für März oder das Morgen? Wie jedes Jahr zum Internationalen Frauentag beschäftigt sich der *Volksstimme*-Heftschwerpunkt mit Frauenpolitik, diesmal mit dem neuen Farbanstrich türkis-grün. Mit Vergangenen, mit Versäumtem und mit Visionen. Die polymediale Projektkünstlerin *starsky*, deren Fotos unseren Schwerpunkt durchziehen, verbindet mit der Live-Performance »100 Jahre in 100 Minuten #005« am 21. März im Wiener Semper-Depot (siehe Seite 36) Vision und Aktion, damit die Goldene Revolution – und mit nichts weniger geben wir uns zufrieden – Wirklichkeit wird: Damit, dass sich feministische Argumentation seit Jahrzehnten gezwungen sieht, vermeintlich längst durchdiskutierte Punkte zu wiederholen, ist es nicht getan. Experimenteller Optimismus ist die Devise, eine mögliche Zukunft steht am Programm«, so *starsky*. Die Themen sind gesetzt:

Geld & Macht: Alle sind gleichberechtigt? Die Vermögensverteilung lügt nicht, sie spiegelt den wahren Stand der Dinge in Sachen Herrschafts- und Machtverhältnis. Frauen*

bekommen in Österreich 2019 um 42 Prozent weniger Pension. Zufall? Ha, fucking ha.

Sprache: Was wir nicht denken können, können wir nicht sprechen, und umgekehrt: Unser Denken, unser Weltbild, unsere Prioritäten entblößen sich in unserer Sprache. Wir schauen genau hin, wie die versteckten Wertesysteme aussehen und setzen selbst Worte, Gedanken, Prozesse sprachlich in die Welt, manifestieren uns.

Körper: Das Selbstbestimmungsrecht über den weiblichen Körper wird in allen patriarchalen Kulturen zielsicher als Machtinstrument verwendet. Unbezahlte Reproduktionsarbeit, Ein- und Zuschreibungen an den weiblichen* Körper, im Patriarchat ist er Kulminationspunkt.

Zeit: Wer wieviel Zeit hat ist politisch. Freizeit, Zeit für Kinder, Familie und Freund*innen, Zeit für Kunst, Kultur und Sport, Zeit für zivilgesellschaftliches Engagement. Die zeitliche Verwertungslogik zeigt sich ebenfalls entlang der Geschlechtergrenzen. Wer arbeitet wieviel? Wer bezahlt? Wer hat wieviel Zeit? B. D.

Schwerpunkt zum Internationalen Frauentag

In der Heimat sich vergessen: Regierung durch Verdrängung

GABRIELE MICHALITSCH



Einem Heimatfilm gleich, dessen Kamera-Blick über die in der Weite verbläuernden Berge schweift, betrachtet das türkis-grüne Regierungsprogramm, geblendet von *Schönheit, dies wunderbare Land: Österreich – im Herzen Europas, gerühmt für seine Kunst und Kultur, voll Fleiß und Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger. Zu all dem Wunderbaren, das Österreich ausmacht, zählen neben Verfassung, Rechtsstaat und Demokratie auch unsere Werte und Traditionen. All diese – ausschließlich – positiven Errungenschaften und Eigenschaften bilden letztlich unsere Identität – und machen »uns« einzigartig.*

Das weiße »Wir« und die dunklen »Anderen«

Kein Wölkchen verdunkelt die heimische Idylle, kein Schatten dies glorreiche »Wir«. Sorgsam abgespalten, steht das Ausgeschlossene jedoch bedrohlich bereit, die Grenzen des kontrollierten Territoriums zu überschreiten. Umso mehr drängt es, »unser« mühevoll eingerichtetes Heim, dies vermeintlich ideale »Wir«, zu schützen und zu bewahren – und das Verdrängte abzuwehren, die »Anderen«, die all das sind, was »wir« angeblich keinesfalls sind.

Zuwanderung erfolgt daher *entlang unserer Erfordernissen* und nach von »uns« vorgegebenen klaren Spielregeln – und nicht etwa nach der internationalen Rechtsordnung samt Genfer Flüchtlingskonvention. Zu »unseren« Anforderungen zählen dabei nicht nur *das Erlernen der deutschen Sprache und das rasche Erlangen der Selbsterhaltungsfähigkeit*, sondern auch *die Akzeptanz unserer österreichischen Rechts- und Werteordnung*, die vermeintlich ganz dem imaginierten Ideal entspricht und *die Trennung von Religion und Staat, die Gleichstellung der Geschlechter und die Ablehnung jeder Form von Gewalt* meint.

Politische Mythen der Gegenwart

Vergessen ist das 1934 ratifizierte Konkordat, das zwar nicht Kruzifixe in den Klassenzimmern, aber katholischen Religionsunterricht in staatlichen Schulen und katholisch-theologische Fakultäten an öffentlichen Universitäten festschreibt. Zugleich beruft sich das Regierungsprogramm mehrfach auf die zur heimeligen Einheit verklärte christlich-jüdische Tradition, die heimischen Antisemitismus, anti-jüdische Pogrome und

nationalsozialistische Vernichtung zum Verschwinden bringt.

Negiert wird auch, dass Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen nach wie vor Männern untergeordnet sind, bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen, von bezahlter und unbezahlter Arbeit oder von zentralen Entscheidungspositionen. Ökonomische Unabhängigkeit, die etwa ermöglicht, ohne Armutsgefahr allein zu leben, bleibt Privileg weniger Frauen. Auch die kulturellen Stereotype von »starken Männern« und dem »schönen« oder – je nach Bedarf – »schwachen Geschlecht«, vom männlichen Helden und Eroberer (hetero-)sexualisierter Weiblichkeit erweisen sich als ungebrochen.

Verdrängt wird auch, dass fast ein Drittel der Frauen sexuelle Gewalt im Erwachsenenalter erfährt, etwa 80 Prozent der Männer und Frauen psychische Gewalt und rund 60 Prozent körperliche Gewalt (Gewalt-Prävalenzstudie der Universität Wien 2011). Rund drei Viertel erinnern körperliche und psychische Gewalt in der Kindheit, 28 Prozent der Frauen, 12 Prozent der Männer auch sexuelle Gewalt. Vor allem über die Familie als primärer Hort von Gewalt aber hüllt sich ein Mantel des Schweigens.

Post-Faktum

Gewalt, Patriarchat und Verflechtung von Staat und Religion gibt es offenbar nur bei den »Anderen«. Die Regierung kreiert damit neue politische Mythen, auf deren Grundlage sie nationale Gemeinschaft über ein alle Differenzen eliminierendes »Wir« herstellt und dieses zugleich ebenso homogenisierten – unschwer als spezifische Migrant*innen erkennbaren – »Anderen« gegenüberstellt. Indem sie ganz und gar post-faktische Erzählungen über »uns« schafft, die »uns« als aufgeklärt, fortgeschritten und zivilisatorisch überlegen erscheinen lassen, die »Anderen« hingegen als rückständig und bedrohlich, avancieren diese »Anderen« zu Feinden, gegen die sich die »Volksgemeinschaft« wappnen müsse. Die Anerkennung zentraler gesellschaftlicher Problemlagen wird zugleich verweigert. So artikuliert sich kapitalistisches Patriarchat derzeit konkret in Österreich/diesem Regierungsprogramm. – Wie aber will eine Regierung Probleme lösen, die sie verleugnet? ■

Anm.: Die kursiv gesetzten Textstellen sind Originalzitate aus dem Koalitionsabkommen der Bundesregierung.



REGIERUNGSPROGRAMM

Palette sprachlicher Anrufungen

Ein Gespräch zwischen Gabriele Michalitsch und Ulli Weish mit feministischem Blick auf das Koalitionsabkommen der Bundesregierung und die Handschriften von Grün und Türkis.

Aufgezeichnet von BÄRBEL DANNEBERG und CORNELIA RENOLDNER.

Werte und Worte – ein 326-seitiges Regierungsabkommen zwischen Türkis und Grün ohne ideologische Brüche scheint unmöglich, und doch sind beide Parteien bemüht, den Anschein von Übereinstimmung in Grundsatzfragen zu vermitteln. Welche frauenpolitischen Inhalte sind erkennbar und welche Handschrift hat sich eurer Meinung nach in den Vordergrund geschrieben?

ULLI WEISH: Im Verhältnis zur Vorgängerregierung ist die neoliberale Transformation in diesem Programm nichts Neues trotz grüner Hoffnungsrhetorik: die große Mehrheit bleibt weiterhin von Konsumsteuern belastet, konkrete Maßnahmen sind vage, in einzelnen Kapiteln ist die Handschrift von Lobbyisten – sprachlich wie inhaltlich – erkennbar.

GABRIELE MICHALITSCH: Im Hinblick auf Geschlechterverhältnisse ist es ein rechtes Programm, auch wenn sich in der Präambel bemerkenswerte Änderungen gegenüber 2017 finden (*siehe dazu den Kommentar zur Präambel, die Red.*). So wird zum Beispiel Gleichstellung der Geschlechter explizit als eine Grundlage der sogenannten »österreichischen Werteordnung« erwähnt. Die patriarchale Struktur der österreichischen Gesellschaft wird also verleugnet, Patriarchat gibt es offenbar nur bei den »Anderen«. Auch die Ablehnung jeder Form von Gewalt wird dabei als »österreichischer Wert« genannt, dabei ist die Gesellschaft völlig von Gewalt durchdrungen. Das zeigt auch die letzte große Gewalt-Prävalenzstudie der Uni Wien. Ein Leben ohne Gewalterfahrung gibt es auch in Österreich de facto nicht, dennoch wird behauptet, es gebe eine allgemeine Ablehnung von Gewalt. Und gleichzeitig sollen der Grundwehrdienst und der Beruf des Soldaten attraktiver gestaltet und die Tauglichkeitskriterien reformiert werden, um letztlich mehr junge Männer für den militärischen Kampf auszubilden.

ULLI WEISH: Die sprachliche Anrufung der Gleichberechtigung scheint aus dem katholischen Werkzeugkasten zu stammen, im Sinne von Fürbitten. Das ist billig, denn das kostet nix, weil dahinter keine Maßnahmen stehen, die budgetiert werden. Ein noch immer neutraler Staat Österreich steht zu Einsparungen, beim Bundesheer

wurde der krasse Gegensatz dazu fortgesetzt, allerdings »modernisiert« durch die erste Verteidigungsministerin der Republik. Dieses Regierungspapier hat sehr wenig an tatsächlicher Gleichstellungspolitik parat, hat aber erstmals eine große Beteiligung von Ministerinnen, wie es sie noch nie gegeben hat.

Ist die weibliche Aufrüstung in den Ministerien nicht doch auch ein Zeichen nach außen, dass Frauenpolitik ernster genommen wird?

ULLI WEISH: Das eine wird mit dem anderen verwechselt und als solches verkauft werden. Die Gleichstellungspolitik braucht es dann inhaltlich nicht, weil es eine symbolische und medial vermittelte »Übergleichstellung« gibt. Die Bilder über die Ministerinnen werden über die fehlenden inhaltlichen Maßnahmen hinwegtäuschen.

GABRIELE MICHALITSCH: Die Frauen in diesen sehr sichtbaren politischen Führungsfunktionen verdecken, dass in den meisten weniger sichtbaren Bereichen, etwa in den Gemeinderäten und Landtagen, vor allem aber an den Spitzen der Unternehmen, Frauen keineswegs derart präsent sind. Andererseits stützt diese Geschlechter-Diversität natürlich neoliberale, für die meisten Frauen schädliche und das Patriarchat verfestigende Politik. Es wird so getan, als hätten wir längst Gleichstellung erreicht, daher sei Feminismus überflüssig. Folglich seien Feministinnen blindwütige Männer-Hasserinnen, gegen die man durchaus begründet hetzen könne. Die Fokussierung auf Diversität läuft aber auch Gefahr, Geschlechternaturalisierung und Stereotypisierung zu bekräftigen, denn Frauen und Männer sind in ihren politischen Positionen keineswegs zwangsläufig unterschiedlich. Doch genau das wird vermittelt. Inhaltliche Homogenität wird durch eine symbolische, im Prinzip biologistische Diversität verdeckt – letztlich ein Ablenkungsmanöver, um feministische Politik zu verhindern. Und es stellt alle feministischen Bewegungen einmal mehr vor die Frage, was Feminismus ist und an welchen Zielen er sich orientieren soll.

ULLI WEISH: Ich beobachte eine Dynamik, die ich als »mittelalterliche« Frau in

der grünen Szene kenne, nämlich die große Enttäuschung, dass sich die Schwächeren null durchgesetzt haben innerhalb eines unglaublich hierarchischen Verhandlungsapparates, wo nach dem Scheitern der ersten Schwarz-Blau-Regierung 2003 und den langen und schließlich abgebrochenen Verhandlungen mit den Grünen damals klar war, dass die Grünen diesmal nicht als erste aufstehen werden. Meine These ist, dass es viel zu schnell zu einer Einigung kam, Kogler auch überrumpelt war mit der Feststellung, jetzt haben wir uns geeinigt. Man hat sich auf eine halbfertige Regierungsvorlage eingeschworen und wird nun im laufenden Regierungsgeschäft nachverhandeln, so hoffe ich es jedenfalls.

Die Grünen haben eine blaue Regierungsbeteiligung vereitelt. Doch jetzt knicken sie bei vielen Themen, z. B. in der Sicherungshaftfrage, ein ...

GABRIELE MICHALITSCH: Nicht nur dort, sondern in jeder Hinsicht. Außer beim Klima, aber das hätte Herr Kurz ohnehin adressieren müssen. Es macht einen Unterschied, ob ein solches Programm von der FPÖ mitgetragen wird oder von den Grünen. Ich vermute, sie werden es bei der nächsten Wahl bereuen.

Auch die Ablehnung jeder Form von Gewalt wird dabei als »österreichischer Wert« genannt, dabei ist die Gesellschaft völlig von Gewalt durchdrungen.

ULLI WEISH: Das sehe ich anders und gebe zu bedenken, dass die Grünen 2017 aus dem Parlament flogen und vor kurzer Zeit wiederbelebt worden sind. Die Alternative, die die Grünen im Moment historisch haben, sehe ich nicht außerhalb einer Regierung im aktuellen Kräfteverhältnis der Parteien. Die Klimakatastrophe wartet nicht, die ist da. Rund 40 Prozent aller Insekten sind verschwunden, es gibt keine Schlangen und Eidechsen mehr, Frösche überleben in Kleingartensiedlungen in Biotopen. Die Grünen haben nun einen dringenden ökologischen Auftrag. Die Ver-

kehrs- und Infrastrukturministerin Leonore Gewessler steht für einen Paradigmenwechsel, der Voraussetzung für alles andere sein wird. Ich wünsche mir, dass die Sozialdemokratie ihre Expertisen, die sie z. B. im Arbeitsmarktbereich oder der Gleichstellungspolitik haben, in eine lebendig agierende Oppositionspolitik einbringen. Zivilgesellschaftliche Initiativen müssen das Gespräch suchen, vor allem zu den türkisen Ministerinnen, und das sollte auch gleichzeitig den möglichen unterstützenden Kräften kommuniziert werden. Die kritische Analyseebene ist wichtig, aber die alleine erzeugt keinen Wandel. Sie ist der Ausgangspunkt.

GABRIELE MICHALITSCH: Ich halte es für einen Fehler zu glauben, Politik bestehe primär darin, Gesetze zu verabschieden oder Posten zu besetzen. Bei Politik geht es auch um Diskurs, um Denk- und Wahrnehmungsweisen, um die Erzeugung von Stimmungen. Ich finde, dass die Grünen mit der Auffassung »Wir können nur in der Regierung gestalten« Politik zu eng verstehen. Wenn sich die Grünen für radikale Oppositionspolitik entschieden hätten, könnten sie Sichtweisen, Denkmuster und Haltungen wahrscheinlich stärker verändern.

Ungleiche Machtverhältnisse drücken sich auch in ministeriellen Zuordnungen aus. Etwa in einem neu geschaffenen ÖVP-Ministerium für »Arbeit, Familie und Jugend«, welches dem Sozial- und Gesundheitsministerium und somit grünem Einfluss entzogen und der Wirtschaft zugeordnet ist.

ULLI WEISH: Es gibt eine hochinteressante Palette der Sprachlosigkeit und der Leere im Regierungsabkommen, aber es gibt Beispiele, die für frauenpolitische Realverhältnisse relevant bleiben, etwa die Zumutbarkeitsgrenzen bei AlleinerzieherInnen, bei der Pflege und vielen Alltagsthemen von Nichtprivilegierten, da wird nichts gelöst.

GABRIELE MICHALITSCH: Pflege soll primär zu Hause erfolgen, das ist das Grundprinzip des Programms. Es rückt die Unterstützung pflegender Angehöriger ins Zentrum. Z. B. soll ein »Pflege-Daheim-Bonus« für pflegende Angehörige

eingeführt und Pflegezeit als Versicherungszeit über drei Jahre hinaus angerechnet werden, auch wenn keine Erwerbszeit vorliegt. Das bedeutet konkret, vor allem ein Hausfrauen-Pflegerinnen-Modell und damit die geschlechtliche Arbeitsteilung zu fördern. Hinzu kommt die angestrebte Aufwertung des Ehrenamtes in der Pflege, also einmal mehr unbezahlte Arbeit. Mich hat besonders irritiert, von »präventiver Entlastung von Young Carers« zu lesen, also von Kindern und Jugendlichen, die Pflegearbeit machen. Die sollten meines Erachtens aber keine Pflegearbeit machen, sondern in die Schule gehen! Die gesamte Pflegeproblematik soll offenbar weiter individualisiert und privatisiert werden. Das Pflegegeld wird ausgeweitet, sonst aber hat der Staat keine Verantwortung, das ist die Zielrichtung.

ULLI WEISH: Bei der Kinderarmut hat parteiübergreifend ein Konsens vorher bestanden, aber im Regierungsprogramm findet sich zur Verhinderung konkret gar nichts. Kinder, die im Ausland leben, sind beim Zugang von Sozialleistungen und familienunterstützenden Maßnahmen nicht zu finden. Bei der gemeinsamen Obsorge oder bei Aspekten vom Familienrecht findet sich eine komplizierte Praxis, die dann in Ordnung ist, wenn sich PartnerInnen geregelt trennen, aber nicht im Konflikt.

GABRIELE MICHALITSCH: Die Polarisierung zwischen Kindern wird vorangetrieben – durch klassistische und rassistische Politik. Wenn der Familienbonus erhöht wird, auf maximal 1.750 Euro pro Kind, bringt das den ärmeren Bevölkerungsschichten, also gerade auch Migrant*innen, sehr viel weniger als den reicheren. Wobei gerade diejenigen, die ihn am dringendsten bräuchten, nämlich die ganzjährig Langzeitarbeitslosen und MindestsicherungsbezieherInnen, explizit davon ausgeschlossen sind.

So soll offenbar, wie es in der Präambel heißt, das soziale Netz, »gestärkt« werden und »diejenigen auffangen, die sich selbst nicht helfen können«. Das aber bedeutete ein klares Abrücken vom Sozialstaatsprinzip und ein Bekenntnis zu einem Fürsorgesystem – statt Rechte für alle Almosen für die Armen!

Das muss man zusammen mit den Vor-

schlägen im Steuerbereich sehen: die Senkung der Körperschaftssteuer, die Absenkung der Progression in der Lohn- und Einkommenssteuer – das sagt eigentlich alles. Und immer wieder diese grundsätzlichen Bekenntnisse zu einer Senkung der Steuer- und Abgabenquote, da geht's ja nicht nur um Steuern, sondern implizit auch um öffentliche Ausgaben.

Die Frauenagenden sind jetzt im »Ministerium für Integration und Frauen« zu finden. Wird den Frauen damit ein erzieherischer Auftrag erteilt?

ULLI WEISH: Bei den Themen Integration und Asyl herrscht eine feindliche Konstruktion von »Den Anderen« vor. Bei den Gewaltaspekten wird so getan, als käme das als importierter Maskulinismus aus arabischen Staaten auf uns friedensliebende ÖsterreicherInnen zu. Das bedient FPÖ-Stimmen, dabei wäre auf die Gewalt in der Familie zu schauen.

GABRIELE MICHALITSCH: Hinzu kommt, dass muslimischen LehrerInnen das Kopftuch verboten werden soll. Strukturell wird damit die Klassenspaltung rassifiziert. Das finde ich besonders niederträchtig, dass man die Musliminnen, die als Lehrerinnen am ehesten ökonomisch gleichgestellt sind, auf Grund ihres sichtbaren Religionsbekenntnisses ausschließen will, bei den muslimischen Putzfrauen ist das offenbar gleichgültig.

ULLI WEISH: Viele Aspekte, gerade in der Gleichstellung oder im Familienkapitel bei den Kinderbetreuungsplätzen, klingen gut und freundlich – aber es fehlt die Aussicht auf Umsetzung. Alle Dinge, die nach Gleichstellung klingen, bleiben vage. Manches ist auf den ersten Blick für mich sehr erleichternd, weil es die Schwere der freiheitlichen Handschrift vordergründig nicht hat. Es braucht eine zivilgesellschaftliche Einmischung und kritische Menschen, die Druck machen, damit z. B. MinisterInnen, die noch wenig Kontakt haben mit einer heterogenen feministischen Zivilgesellschaft, diese konkret erleben. Ich glaube tatsächlich, in einem kleinen Land ist eine politische Beziehungsdynamik nicht irrelevant.

GABRIELE MICHALITSCH: Es geht um einen rassistischen autoritären Neoliberalismus,

der natürlich auch antifeministisch ist. Dieses Programm spiegelt ein Projekt der oberen zehn Prozent. Ein ausdrücklich formuliertes Ziel der Steuerpolitik besteht zum Beispiel darin, dass sich die Haushalte Eigentum schaffen. Nur: die untere Hälfte der Haushalte kann mit ihrem Einkommen kaum überleben. Diese Haushalte können sich kein Eigentum schaffen, die haben größte Mühe, ohne Schulden durchzukommen. Nächstes Beispiel: Pensionssplitting. Das soll als Automatismus eingerichtet und an gemeinsame Kinder gebunden werden. Das ist nicht nur eine Form von Individualisierung sozialer Sicherung, sondern auch eine Stärkung des patriarchalen Familienmodells. Es setzt voraus, dass Frauen verheiratet sind und Kinder haben. Frauen

Wir haben also Sozialabbau ... durch weitere Individualisierung, den deklarierten Abschied vom Sozialstaat zugunsten von Fürsorge für die, »die sich nicht selbst helfen können«.

sind dabei abhängig von einem gutverdienenden Partner, denn von Pensionssplitting haben Frauen oft nur etwas, wenn die eigene Pension durch das Splitting den Ausgleichszulagenrichtsatz überschreitet. De facto ist das Pensionssplitting eine Sparmaßnahme, um die Ausgaben für Ausgleichszulagen zu reduzieren

Wir haben also Sozialabbau, insbesondere eine Restrukturierung des Sozialsystems durch weitere Individualisierung, den deklarierten Abschied vom Sozialstaat zugunsten von Fürsorge für die, »die sich nicht selbst helfen können«. Gleichzeitig wird das Steuersystem immer mehr zu einem Instrument der Umverteilung »von unten nach oben«. Allein schon diese Elemente bewirken klassenspezifische Spaltung, Retraditionalisierung von Geschlechterverhältnissen und rassistischen Ausschluss. ■

Dr.in Gabriele Michalitsch, Politikwissenschaftlerin und Ökonomin, Universität Wien

Dr.in Ulli Weish, Medienwissenschaftlerin und Aktivistin bei der Plattform 20.000frauen



AN MEINE FREUNDINNEN

Von der Vision zum Eingreifen

HEIDI AMBROSCH

Heidi Ambrosch ist Frauensprecherin der KPÖ

* <http://zwanzig-tausend-frauen.at/2011/01/unsere-vision/>

** www.frigga-haug.inkrit.de

Anlässlich 100 Jahre Internationaler Frauentag hatte sich 2010 die Plattform 20000frauen gegründet. Der Vielzahl von anstehenden Forderungen wurde mit einer großen Demonstration 2011 Nachdruck verliehen und wir entwickelten unsere gemeinsamen Visionen* als Richtschnur für realpolitisches Handeln. Längst schon war deutlich geworden, dass es nicht nur um ein größeres Stück des Kuchens geht, sondern zumindest um die Hälfte oder um einen ganz anderen Kuchen, ja mehr noch: um die Organisation einer anderen Bäckerei, die – wie heute festzuhalten wäre – mehr als einen grünen Farbanstrich braucht und solarenergiebetrieben ist. Grundlegende Fragen sind überfällig, etwa was wir wie produzieren und wie das Pro-

duzierte gerecht verteilt wird. Ebenso die Diskussion darüber, wie wir die unterschiedlichsten Interessen in der Gesellschaft demokratisch ausverhandeln können.

Die Vier-in-einem-Perspektive** stellt einen solchen ganzheitlichen Handlungsansatz zur Diskussion, in dem sie in Zusammenhang bringt, was als erlebter Gegensatz daherkommt. Das Stichwort Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist in erster Linie immer an uns Frauen gerichtet – modern, also auch für Kinderlose, formuliert im Credo der work-life-Balance. Allein dieser Begriff ist mehr als irreführend, weil es, so scheint es, außerhalb der bezahlten Erwerbsarbeit ein Leben ohne Arbeit gäbe ... Was wiederum dazu dient, den Haufen unbezahlter, aber gesellschaftlich notwendiger und mehrheitlich von Frauen geleisteter Arbeit im Verborgenen zu belassen.

Vor den Vorhang

Holen wir das ganze Leben vor den Vorhang: Neben der bezahlten Erwerbsarbeit, die bestenfalls Hilfe sein sollte, auch unsere Fähigkeiten zu unterstreichen und zu entwickeln und die auf jeden Fall existenzsichernd sein muss, gibt es den Bereich der

sogenannten »Familien- oder Reproduktionsarbeit« sowie die Arbeit an der eigenen Entwicklung und schlussendlich die notwendige Teilnahme an gesellschaftspolitischen Entscheidungsprozessen.

Die Plattform 20000frauen entwickelte eine Vielzahl außerparlamentarischer Protestformen, an denen sich auch grüne und sozialdemokratische Frauen beteiligten. Die Themen, die dabei aufgegriffen wurden, waren allerdings bis auf wenige Ausnahmen von der sonstigen Parlamentsarbeit abgekoppelt. Sieht man von der schwarz- bzw. türkis-blauen Regierungen ab, war es immer der als Entschuldigung dienende Hinweis auf den Koalitionspartner, warum man oder frau diesem oder jenem zustimmen müsse. Etwas verwundert war ich dann schon über den Neusprech im K.u.K.-Gleichklang bei Verkündung der türkis-grünen Regierungserklärung – sie sei »Das Beste aus beiden Welten«, die als Fundament mehr als der verankerte kleinste gemeinsame Kompromiss sei.

Aha – ist es das? Klar, das Ö1-Morgenjournal ohne O-Ton Kickl schont die Magennerven. Aber in der Substanz, den Auswirkungen den programmatischen Vorhaben sehe ich auch weiterhin nur eine Welt mit einem entscheidenden Interessenskonflikt zwischen den 99 Prozent der Frauenwelt und dem Rest. (Frazer, »Feminismus für die 99 %«).

Die budgetären Vorhaben – in Zahlen gegossene Politik – werden in anderen Beiträgen hinreichend dargestellt. Die damit verbundene weitere Entlastung der Besitzenden und oberen Einkommensbeziehenden bedeutet entsprechende Belastungen auf der anderen Seite. Deswegen ist es auch regierungslogisch, Frauenpolitik in konservativer Hand zu belassen, denn wer sorgt sich um jene, die den neoliberalen Hochgeschwindigkeitszug nicht erreichen? Aufbegehrende Frauen wie z. B. im Pflegebereich sind da ein Störfaktor.

Es bleibt auch weiterhin bei uns, den außerparlamentarischen Druck aufrechtzuerhalten. Es wird sich zeigen, inwieweit die grüne Partei es versteht, diesen nicht nur als unabdingbar für die Schärfung der eigenen Positionen zu schätzen, sondern auch entsprechend zu fördern, um nicht im Sog nach rechts unterzugehen. ■

REPRO-TECHNIK

Fruchtbarkeits-industrie als »Menschenrechtskiller?«

Fortpflanzungstourismus am Beispiel der »Mietmutterschaft«.

LISBETH N. TRALLORI

Angekündigt hatte sich bereits Anfang dieses Jahres eines der gängigen kommerziellen Institute aus der Ukraine namens »Biotexcom«, einen Kinderwunsch-Infotag in Wien in einem Hotel am Ring abzuhalten. Frau/Mann konnte sich dazu online anmelden und die bevorzugte Technologie ankreuzen: Wünscht das wertvolle Publikum eine Eizellenspende, Samenspende, Embryonenspende oder eine Leihmutterschaft? Ein eher seltsamer Vorstoß einer ukrainischen Klink hierzulande, zumal die Leihmutterschaft bekanntermaßen einem berechtigten Verbot unterliegt, das allerdings, wie noch zu zeigen sein wird, schleichend untergraben wird. In Europa ist die Frage der Leihmutterschaft umstritten, aber die meisten Länder verfügen über eine gesetzliche Barriere. International bündeln sich feministische Bestrebungen, die sogenannte »Leihmutter-schaft« weltweit abzuschaffen. Und das zu Recht. Wenn frau sich vor Augen hält, welche gravierenden Auswirkungen in der Realität damit verbunden sind, dann wird evident, dass eine globale Abschaffung der »Leihmutterschaft« absolut notwendig,

SCHWERPUNKT INTERNATIONALER FRAUENTAG

aber unter kapitalistischen Bedingungen mehr als fragwürdig erscheint. Für gewöhnlich gibt es kaum Einblicke in die damit verbundenen Problemlagen, und in medialen Berichten werden durchwegs scheinbare Erfolgsseiten aufgeschlagen oder es werden exzentrische Hollywood-Stars gezeigt, die auf ihrem Shopping-Trip so nebenbei die Uteri anderer Frauen für neun Monate eingekauft haben. Die Life-Style-Propaganda in allen Medien und der Lobbyismus der Fruchtbarkeitsindustrie haben dafür gesorgt, dass diese Technologien in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind. »Rent a womb« – ist in USA eine gängige Formel geworden, insofern erscheint der Ausdruck »Mietmutterschaft« realitätsgerechter.

Zellulärer Warenverkehr

Der Ansturm auf weibliche Eizellen gestaltete sich ebenso rasant wie die Ausweitung der Repro-Technik und im Einklang mit dieser. Die ständige Nachfrage führte zu einem internationalen Warenverkehr mit zellulärem Biomaterial und zu einem regelrechten Fortpflanzungstourismus. Um internationale Kundschaft anzulocken, verweist die ukrainische Privatklinik in ihrer Selbstdarstellung ganz klar auf die Fülle von weiblichen Ressourcen, die in diesem Land verfügbar scheinen. Im Originaltext heißt es dazu: »Anders als in den meisten hoch entwickelten Ländern mangelt es in der Ukraine nicht an Eizellenspenderinnen.« Damit wird offen geprahlt, dass unzählige Frauen jederzeit für die chirurgische Eizellentnahme zur Verfügung stehen, zumal diese Techniken und die »Leihmutterschaft« in diesem Land ohnehin nur verwaltungsrechtlich geregelt sind. Und weiter: »Ausländische Kliniken verwenden z. B. die Eizellen einer einzigen Spenderin für mehrere Patientinnen. Unsere Klinik dagegen ist in der Lage, jeder Patientin eine individuelle Spenderin zu bieten. Diese wird von der Patientin persönlich anhand von Bildern und vielen weiteren Kriterien ausgewählt.«

Allerdings übernimmt hier das Wort »Spenderin« die Funktion einer Schutzbezeichnung, denn es geht vielmehr um kommerzielle Transaktionen – unter wel-

chem Titel auch immer. Des Weiteren ist anzumerken, dass das Herausholen von Eizellen aus dem weiblichen Körper ein langwieriges und zumeist schmerzhaftes Prozedere mittels variabler, chirurgischer Techniken ist, das eine hormonell aufputschte Hochproduktion von Eizellen voraussetzt. Empörend ist dabei das von der Fruchtbarkeitsindustrie offensichtlich propagierte Herrin-Magd-Verhältnis, das in der angekündigten Katalogauswahl sich niederschlägt: *Die eine wählt aus, die andere muss liefern*, lautet die Anweisung. Einmal davon abgesehen, beweisen filmische Sequenzen über die Leihmutterschaft in der Ukraine (wohl ungewollt), dass oftmals Probleme bei der Einnistung der Eizelle in die Gebärmutter der austragenden Frau auftauchen. In der Klinik wird dann eine andere Frau als »Mietmutter« herangekarrt und unter Vertrag genommen, so ist jedenfalls die Praxis, die eine »sichere« Erfüllung des Kinderwunsches verspricht. Tatsache ist, dass mit den Daten ordentlich getrickst wird, aber das nur nebenbei.

Hoffnung auf Glückssträhne

»Biotexcom« verfügt über eine eigene PR-Maschinerie, die gezielt versucht, einen Dammbruch herbeizuführen. Schätzungsweise kann »Biotexcom« in den letzten drei Jahren Einnahmen von mehr als 30 Millionen Euro verzeichnen. Diese Firmengruppe hatte bereits über das Web Seminare in deutschsprachigen Ländern organisiert, um ihr Geschäftsmodell auch mit All-inclusive-Paketen zu bewerben. Die Leihmutterschaftsprogramme kosten in den USA etwa ab 100.000 Euro, hingegen in der Ukraine zwischen 30.000 und 40.000 Euro. Wie sollte es unter den Bedingungen dieses Fruchtbarkeitsmarktes jemals um eine »freie« Entscheidung gehen?

Agenturen, Ärzte und kinderwünschende Personen stehen den ihren Uterus zur Vermietung offerierenden Frauen gegenüber, aber sie alle eint die Hoffnung auf eine Glücksträhne, sei es durch ein gekauftes Baby oder durch den Geldbetrag einer (wenn auch schlecht) bezahlten Schwangerschaftsarbeit. Diese vermeintliche Wunsch- und Glückserfüllung um jeden Preis ist zu einer tragenden Ideologie des Neoliberalismus geworden. Vertragsmäßig

werden Pflichten der angemieteten Frauen festgelegt, so etwa wie diese während der Schwangerschaft sich zu verhalten haben, das inkludiert Untersuchungen wie Gentests, Präimplantationsdiagnose, Geschlechterselektion bis zu Gymnastik-, Diät- und Ruhevorschriften. Die Geburt selbst erfolgt über Kaiserschnitt, die austragende Frau hat sich allen Vorschriften zu fügen. Als Kuriosum sei angemerkt, dass zudem jegliche Bindung der Mietmutter zu dem werdenden Baby strikte unterbunden wird, indem spezielle psychologische Programme zur Desensibilisierung zur Anwendung kommen. Erst wenn das »richtige« Kind, klarerweise nur gesund und nicht behindert abgeliefert wird, dann geht es zur Bezahlung des vereinbarten Restbetrags des Honorars oder einer sog. »Aufwandsentschädigung«. Die Bestell-Babies austragenden Frauen als auch die Babies selbst sind Gegenstand von Verträgen, sie werden folglich als Objekte mit Warencharakter behandelt.

Wachsam bleiben!

Wie bereits Gena Corea in ihrem Band »Muttermaschine« (1986) vorausgesehen hat, entstand im Zuge avancierter Repro-Technologien eine neue Spezies von Frauen, die sie als »Kaste von Gebärerinnen« bezeichnet. Historisch verweist sie auf die Sklaverei schwarzer Frauen, denen man jederzeit ihre Kinder wegnehmen und weiterverkaufen konnte. Sklavinnen hatten keinen Anspruch auf ihre Kinder, sie waren rechtlos. Und Gena Corea erinnert an die Pläne der Nazis, eine Art von »Brutbordellen« einzurichten, ähnlich der Strategie, den sogenannten »rassisch wertvollen« Nachwuchs in den Heimen des »Lebensborn« heranzuzüchten. Möglicherweise sind feministische Analysen längst vergessen, möglicherweise auch durch Erfolgsgeschichten der Repro-Industrie und deren Lobbyismus verdrängt worden.

Eine Klarstellung hierbei ist nicht allzu schwer, es genügt, sich der Deklaration der Frauen- und Menschenrechte zu entsinnen, dann wird evident, dass das ganze Prozedere um die »Mietmutterchaft« genau diesen Rechten widerspricht. Weder mit Frauen, noch mit Kindern sollte ein Handel betrieben werden, denn es geht

dabei um Menschen und um keine Kaufsujets. Doch weit gefehlt! Gerade in diesem Prozedere geraten nach der Eizelle, dem Embryo auch das auszutragende Baby im Körper einer genetisch fremden Frau in den Rang eines Geschäftsobjekts. Explizit aber unterliegt der Verkauf von Kindern, egal zu welchem Zweck, einem Verbot – verankert in der UN-Kinderrechtskonvention. Rechte aber dürfen nicht von wirtschaftlichen Interessen ausgehöhlt werden, wiewohl es in der Praxis passiert. Die internationalen Standards für Adoption sind ein deutliches Zeichen dafür, wie Kinder geschützt und nicht als Warengüter angesehen werden können, wenn sie zu »Wunschfamilien« kommen.

Aus einem Wunsch selbst entsteht noch lange kein Recht. Vielmehr aber haben Kinder das international geschützte Recht, möglichst bei ihren leiblichen Eltern aufzuwachsen, ...

Aufzutreten gegen das »reproduktive Unrecht«, wie es die aus Indien stammende Expertin Sheela Saravanan nennt, erscheint unumgänglich, da die körperliche und psychische Integrität von Mietmüttern durch das (vermeintliche) Recht auf Reproduktion der Bestelleltern einerseits und durch das Profitstreben der Agenturen zur Vermittlung der Leihmutterchaft andererseits zutiefst verletzt wird. Aus einem Wunsch selbst entsteht noch lange kein Recht. Vielmehr aber haben Kinder das international geschützte Recht, möglichst bei ihren leiblichen Eltern aufzuwachsen, was ihnen bekanntlich verunmöglicht wird.

Nachdem gegen die Werbekampagne von »Biotexcom« und gegen deren zweifelhafte Praktiken eine Anzeige erstattet wurde, hat diese Klinik ihre angekündigte Präsenz und ihren Infotag Mitte Februar im Wiener Ringhotel abgesagt. Nicht zuletzt ist das der Aufmerksamkeit einer Initiative zu verdanken, die gegen die kommerzielle Vereinnahmung und Ausbeutung von Frauen und Kindern auftritt und für die Einhaltung der Menschenrechte votiert. ■

Buchtipps

Lisbeth N. Trallori:
Der Körper als Ware.
Feministische Interventionen. Mandelbaum-verlag 2015

Feindstudium

Gender Studies und der »Genderismus« haben den Feminismus längst als rechtes Feindbild abgelöst. Wird Kritik von links so unmöglich?

BRIGITTE THEISSEL

Als ich mich 2007 für das Masterstudium Gender Studies in Wien einschrieb, interessierte sich die Öffentlichkeit kaum noch für den neuen Studiengang. Als Orchideenfach starteten die Gender Studies im Wintersemester 2006/07, mit ein paar Dutzend Kolleg*innen zählte ich zum zweiten Jahrgang am neu gegründeten Referat. Im Vergleich zu den völlig überfüllten Hörsälen an der Publizistik oder der benachbarten Anglistik genossen wir eine fast schon familiäre Atmosphäre. Keine elendslangen Anmeldezeiten für Seminare, Raum für Diskussionen und dafür andere Studierende über den Austausch von Mitschriften hinaus kennenzulernen. Wie die Gender Studies überhaupt war auch das Masterstudium in Wien klar geisteswissenschaftlich geprägt. Trotz einiger Seminare zu feministischer Ökonomie oder Politikwissenschaft, die den Studienplan sprenkelten, war der rote Faden die Sprach- und Literaturtheorie, Dekonstruktion die Königsdisziplin.

Themen wie eine Cyborg-Ethik, die wir in den Seminaren diskutieren, konnte ich manchmal tatsächlich kaum mit der Realität außerhalb der Hörsäle in Einklang bringen, wo die Lohnschere von populären Magazinen als vermeintliche Lüge enttarnt wurde. Die Entwicklung von der Frauenforschung hin zu den Gender und Queer Studies, sie wurde in der Einführungsveranstaltung als lineare Fortschrittsgeschichte erzählt: Von der bloßen Erforschung von Frauen und ihren Lebenslagen und -leistungen habe sich die frühe Frauenforschung dahin entwickelt, die Herstellung von Differenz, von Macht- und Herrschaftsachsen zu untersuchen – komplexe gesellschaftliche Prozesse. Aktivistinnen und Denkerinnen der Frauenbewegung – allen voran Differenzfeministinnen – beklagten indes eine Entpolitisierung, die mit dem Shift zur Kategorie Gender und der Institutionalisierung des neuen Wissenschaftszweigs einhergegangen sei.

Unverschämt politisch

Populäre Kritik an den Gender Studies, wie sie gegenwärtig durch die Feuilletons gereicht wird, zielt in die gegenteilige Richtung: Gender Studies seien keine Wissenschaft, sondern ein ideologisches Polit-Programm, das an den Universitäten keinerlei Berechtigung habe. Für das »Addendum«-Magazin begab sich Anna Schneider sogar unter cover als Masterstudentin in Gender-Lehrveranstaltungen. »Es schien, als ob die meisten Kolleginnen (...) schon mit einem gewissen vorgefertigten Weltbild in den Lehrsaal gekommen wären. Das bestätigte sich (...), als nicht bloß eine auf die Frage der Lehrveranstaltungsleiterin, was wir denn unter dem Begriff Geschlecht verstanden, wie aus der Pistole geschossen mit: Herrschaftsstruktur! antwortete. So weit, so eigenartig«, berichtet die Journalistin von ihrer Hörsaal-Erfahrung. Die Strategie der Rechtskonservativen ist mehr als durchschaubar: Jene vermeintliche wissenschaftliche Neutralität bzw. Objektivität, die die feministische Theorie als androzentrisches und historisch verortetes Konzept entlarvt hat, wird zur Waffe, um Geschlechterforschung zu delegitimieren. Das von Macht und Ausbeutung geprägte Geschlechterverhältnis müsse »neutral«

erforscht werden, fordern die KritikerInnen – wer sich mit stolz geschwellter Brust auf Seite der wissenschaftlichen Objektivität wähnt, verschleiert umso eifriger die eigene ideologische Position.

Katholische Bedrohung

Noch umfassender fällt die Kritik von Rechtsaußen aus. Gender und Queer Studies wären für die »Abschaffung« von Mann und Frau angetreten und würden die traditionelle Familie bedrohen, allorts hätten sich die »Gender-Ideologen« breitgemacht, die Kinder in pädagogischen Einrichtungen in ideologische Geiselschaft nehmen würden. VertreterInnen der katholischen Kirche finden hier Gemeinsamkeiten mit AfD und FPÖ, in Deutschland haben sich auch Pegida und »Besorgte Eltern« dem Kampf gegen den Genderismus und progressiver Sexualaufklärung verschrieben. Selbst der Papst meldet sich immer wieder zu Wort und wettet gegen eine »Ideologie, die den Unterschied und die natürliche Wechselseitigkeit zwischen Mann und Frau leugnet«. Der Schaum vor dem Mund rechter und erzkatholischer Kreise macht die politische Sprengkraft von Gender und Queer Theorie eindrucksvoll deutlich: So hat Papst Franziskus wohl verstanden, dass queer-feministische Denkerinnen die heterosexuelle Kleinfamilie ebenso wie eine unveränderbare Zweigeschlechtlichkeit infrage stellen und gelebte Alternativen längst gesellschaftlich sichtbar sind.

Diversity Kapitalismus

Das revolutionäre Potenzial moderner Gender und Queer Theorien lässt sich somit kaum leugnen – doch heftige Kritik kommt auch von linken Denkerinnen. Gender, die »Flexibilisierung« und Beliebigkeit von Identitäten seien Teil eines neoliberalen Projekts, das auch als »Diversity Kapitalismus« kritisiert wird. So erhielten Frauenförderungseinrichtungen in verschiedenen Institutionen das Label »Gender Mainstreaming«, um schließlich in einer Diversity-Abteilung aufzugehen. Statt fundamentale Kritik an Macht- und Diskriminierungsstrukturen zu üben und die Regeln des Spiels neu zu schreiben, lässt sich das bestehende Spiel auch einfach aufhü-

bsen. So üben sich Unternehmen in der Verwaltung von Vielfalt, zeigen sich stolz auf Pride-Paraden und erklären, dass Frauen oder Menschen mit Migrationsgeschichte in ihren Reihen dieselben Chancen auf Aufstieg hätten. Diskriminierung wird so privatisiert: Sexismus, Rassismus oder Behindertenfeindlichkeit dürfen von den Betroffenen unter dem Stichwort der Selbstverantwortung nicht länger als Hindernisse wahrgenommen werden – wer sich nur anstrengt!

Klassenkampf

Haben Gender Studies diese neoliberale Entwicklung gefördert – oder mit ihren theoretischen Konzepten erst möglich gemacht? Wohl kaum. Selbst Judith Butler, die vielen europäischen Feministinnen und Gender-Studies-Kritikerinnen als Feindbild dient, übt in der Rolle als Aktivistin immer wieder scharfe Kritik am neoliberalen Kapitalismus. Dessen uneingeschränkte Anpassungsfähigkeit zeigt sich aktuell auch an der Vereinnahmung des Feminismus, den gerade junge Aktivistinnen von Argentinien über die USA bis in die Schweiz wieder populär machen. »Sisterhood« und »The Future is Female« lässt sich ebenso auf T-Shirts drucken wie »Sushi Rollen statt Geschlechterrollen«.

Klar ist aber auch, dass die Analyse ökonomischer Verhältnisse in den vergangenen Jahrzehnten auf der Agenda der Gender Studies keineswegs ganz oben gestanden ist. Klasse, das sei heute angesichts der Diversifizierung der Lebensformen keine relevante Kategorie mehr, hörte ich in der Einführungsveranstaltung meines Master Studiums. Dafür musste die »Billa-Kassiererin« sehr oft herhalten als Symbol der Unterdrückung, von dem man sich als »privilegierte Akademikerin« gerne abgrenzte. Ein elitärer Wissenschaftsbetrieb, der zunehmend durchökonomisiert wird, braucht ganz dringend eine Rückbindung an zivilgesellschaftliche Initiativen, jene DenkerInnen, die an Universitäten relevantes Wissen schaffen, braucht es wiederum dringend als kritische Stimmen in einem gesellschaftspolitischen Diskurs, der immer weiter nach rechts rückt. Kritik an den Gender Studies, sie darf nicht den Rechten und den Zynikern überlassen werden. |

**Haben Gender
Studies diese
neoliberale
Entwicklung
gefördert –
oder mit ihren
theoretischen
Konzepten erst
möglich
gemacht?**

Brigitte Theißl ist
Redakteurin der femi-
nistischen Zeitschrift
an.schläge



FRAUENPOLITIK

Farbenlehre in Achterschleifen

Ob Blau-Schwarz, Schwarz-Orange, Rot-Schwarz, Türkis-Blau oder jetzt Türkis-Grün – die Experimente der verschiedenen Regierungsfarben der jüngeren Vergangenheit zeigen, dass keine auch noch so verwegene Tönung dem Großteil der Frauen grundlegend gleichberechtigt geholfen hätte.

BÄRBEL DANNEBERG

Wer redet denn von »den Frauen«. Natürlich haben Frauen profitiert von feministischem Druck, der auch Regierungskoalitionen weiblich veränderte. Parteipolitisches Karrierestreben eröffnet die Möglichkeit auch für Frauen, gut dotierte Posten zu erhaschen, Geld zu verteilen und Macht zu genießen. Vorausgesetzt, sie bewegen sich im abgesteckten ideologischen Feld ihrer jeweiligen Partei. Diese haben sich jedenfalls geschmückt mit dem weiblichen Attribut in ihren Spitzenrängen, zumindest das haben sie, wenn schon sonst nichts, von der Frauenbewegung abgekupfert. Darin bedienen sich die Schwarzen, Blauen, Orangen oder Türkisen entgegen ihren programmatischen Grundsätzen um einiges ungenierter als die Roten: Frauen garnieren vermehrt auch konservative Spitzenpositionen, und manch eine verwechselt das mit verwirklichter Gleichberechtigung in unserem Land.

Die weibliche Bevölkerungsmehrheit hingegen stößt sich immer wieder den Kopf nicht nur an einer gläsernen Decke, sondern an der Systemgrenze von Patriarchat, Kapital und Arbeit. Wir kennen und

beklagen die Einschränkungen für Frauen vor allem im unteren Einkommenssegment oder für jene, die erwerbsarbeitslos, alleinerziehend oder geflüchtet sind, die Gewalt und Erniedrigung erfahren und deren Überlebensgeschick in Achterschleifen verläuft, um wiederholt am gleichen Ausgangspunkt anzukommen. Nach all den mageren Jahren und bitteren Erfahrungen ist frau geneigt zu sagen: Schert euch doch zum Teufel mit eurer Frauenpolitik. Resigniert und müde vom Kampf und den nicht eingelösten Wahlversprechen wenden sich viele ab vom politischen Geschehen, es ist ja letztlich völlig gleich, denken sie, in welcher Farbkombination ihnen noch mehr von dem Wenigen, das ihnen zugestanden wird, abgenommen wird.

Da haben sie uns also genau dort, wo sie uns hinhaben wollen: passiv, schicksals-ergeben, demütig und politikmüde. Wer wundert sich über sinkende Wahlbeteiligungen und demokratiepolitische Ignoranz? Wen wundert, dass die Wut über schlechtere Lebensbedingungen ein Ventil bei radikalen Rechtspopulisten sucht? Denn eines muss leider gesagt werden: Die zunehmende weibliche Teilhabe an Regierungsämtern, staunend auch bei den Konservativen wahrgenommen, hat den Frauen leider nur Einschnitte im Arbeits-, Pensions- und Sozialrecht gebracht. Dass die Türkis-Grünen nun den jemals höchsten Frauenanteil ihrer MinisterInnenposten aufweisen, ist zwar löblich, aber wer glaubt noch an frauenpolitische Wunder?

Im Kreislauf der Windeln

In Österreich haben Frauen ein weitaus höheres Risiko als Männer, unter die Armutsgrenze zu rutschen, bestätigen NGO-Schattenberichte. Frauen verdienen hierzulande im Durchschnitt lediglich 60 Prozent des mittleren Einkommens von Männern, Arbeiterinnen sogar nur 45 Prozent. In den vergangenen Jahren hat sich die Einkommensschere nicht verringert. Im Gegenteil. Armut greift immer weiter in die gesellschaftliche Mitte und bedroht insbesondere Alleinerzieherinnen. Neben der schlechten Bezahlung ist der hohe Anteil von weiblichen Teilzeitbeschäftigten ein weiterer Risikofaktor für Armut

auch im Alter. Schließlich sind Kinderbetreuung und Familien»pflichten« noch immer vorwiegend Frauendomäne, begleitet von konservativen Modellen der Familienförderung, wie z.B. das unter Blau-Schwarz eingeführte Kindergeld, oder die damalige Kärntner F-Version der Mütterpension von Jörg Haider als Belohnung für Kinderreichtum, oder der Türkis-Blau und jetzt von Türkis-Grün übernommene Familienbonus-plus im aktuellen Regierungsprogramm. Die ökonomische Frauenwelt unterteilt sich wie gehabt in Kinder oder Karriere. Das Dazwischen ist der Frauenspagat, den viele versuchen und an dem viele, die keine Kohle für private Kinderbetreuung oder Haushaltshilfen haben, verzweifelt zerbrechen. Wer, wie die jetzige Frauenministerin Susanne Raab der Ansicht ist, die Berufsausübung sei eine ebenso wahlfreie Entscheidung wie die häusliche Kinderbetreuung, blendet die Folgen für Frauen aus. Aber gut, unsere Frauen- und Integrationsministerin will nicht als Feministin missverstanden werden.

... an den Windelmengen und -größen lassen sich die Lebensphasen weiblicher Menschen ablesen.

Für eine Aktion der 20000frauen (www.20000frauen.at) habe ich einmal die Achterschleifen von Müttern an einem Glücks-Windelrad beschrieben – an den Windelmengen und -größen lassen sich die Lebensphasen weiblicher Menschen ablesen:

Phase 1: It's a girl! Marie! Nackt geboren, betritt sie sogleich gewickelt und gewandelt die Bühne Leben. Den ersten Stuhlgang eines Neugeborenen bezeichnen wir als »Kinds-Pech«. Meist bleibt den Müttern das Pech, die Windeln vom Kinds-Pech und allem, was dann noch folgt, zu reinigen.

Phase 2: Nach den Stoffwindeln (heute wieder öko-logisch in Mode) tauchten die Pampers auf. Mit steigendem Kindesalter wuchs deren Größe. Auch hier hatten meist die Frauen das Pech, sich um trockene Kinderpopos zu kümmern.

Phase 3: Für kurze Zeit war Ruhe im Sturm des weiblichen Windelrades – außer: es betraten weitere ErdenbürgerInnen die Bühne im Leben einer Frau. →



Phase 4: Tochter Marie, den Windeln entwachsen, mausert sich langsam zur Frau und wird eingeweiht in die Geheimnisse des blutigen Kreislaufes: Die Wandschränke im Badezimmer sind gefüllt mit Binden, Tampons, Slipeinlagen für Mutter und Tochter. Sie werden einander immer ähnlicher in Phase 4 dieses Kreislaufs, der sich unablässig neu perpetuiert: Das kleine Mädchen, nun Mutter-Frau, erfährt Phase 1, die Mutter, nun Großmutter, erfährt Phase 5.

Phase 5: Während Marie Kinds-Pech-Phase 1 durchlebt, bekommt Mutter, jetzt Großmutter, Familienzuwachs: Urgroßmutter muss von ihr daheim gepflegt werden. Nun, in Pension und im Klimakterium, braucht Mutter-Großmutter zwar weder Windeln noch Tampons oder Binden, doch Urgroßmutter braucht sie. Auch sie hat alle Phasen im Windelrad durchlebt und erlitten und ist nun bei Phase 6 angekommen.

Phase 6: Inkontinenz. Mit steigendem Lebensalter werden die Windeln immer größer. Und die Hoffnungen immer klei-

ner, dass das Rad der pflegenden Windelgeschichte sich einmal in die andere Richtung drehen möge. Unentwegt dreht es sich im Kreis der Töchter, Mütter, Großmütter, Urgroßmütter: raus aus den Windeln, rein in die Windeln. Kinds-Pech gehabt, Marie! Windelglücksrad? Väter, Männer, Partner, Freunde, Großväter: dreht doch auch einmal eure Runden in diesem Windel-Kreislauf!

Im Hamsterrad des Patriarchats

Es gab einmal eine Zeit, da waren uns die Berichte zur Lage der Frauen in Österreich, die auf Initiative der früheren Frauenministerin Johanna Dohnal in regelmäßigen Abständen erschienen, Ansporn, über Strategien und Lösungskonzepte zur Veränderung der Situation nachzudenken. Ausführlich gaben diese Berichte Auskunft über den Zustand österreichischen Frauenlebens. Das ist schon lange vorbei und wurde von Schwarz-Blau auch schon mal durch einen Männerbericht ab- und dann überhaupt aufgelöst (wie es in dieser Zeit auch einmal einen männlichen Frauenminister gab). Heute gibt es weder noch – und noch nicht einmal ein Frauenstaatsse-

kretariat für allgemeine Frauenfragen wie zu Dohnals Zeit oder ein eigenes Frauenbudget. Diese Frauenberichte waren immer wieder Anlass für Aktionen von Frauen, um bessere Lebensbedingungen zu kämpfen. Damals wurde zumindest noch gestritten um Strategien, Ressourcen und politische Einflussnahme. Auf Enqueten, Frauenveranstaltungen und Demonstrationen ermächtigten sich Frauen, ihre Interessen selbst zu vertreten. Solidarität war damals nicht nur der Name eines Gewerkschaftsblatts.

Heute ist das anders. Heute wird delegiert und Verantwortung abgeschoben, und zwar nach unten – vom Bund zu den Ländern und Gemeinden, von den Sozialressorts zu den karitativen Einrichtungen und letztlich zu den Betroffenen selbst. Heute heißt es, wir haben doch Gendermainstreaming, wer will, kann die eigene Situation verbessern. Wer nicht will, muss durch Zwangsarbeitsnahmen genötigt werden, jeden noch so beschissenen und schlecht bezahlten Job anzunehmen. Heute sind Frauen in verstärktem Ausmaß Konkurrentinnen am globalisierten Arbeitsmarkt, Bittstellerinnen in einem ausgehöhlten Sozialstaat, sie sind eine unsichtbar gemachte Verschubmasse, die je nach Wirtschaftslage für Sozial- oder andere Dienste eingesetzt oder freigesetzt werden kann. Heute wird der Überlebenskampf von Frauen privatisiert, anonymisiert und individualisiert. Ein, zwei, drei prekäre Jobs – und es reicht vielen noch immer nicht zum Überleben.

Aber auch immer mehr Männer erfahren nun, wie es ist, auf der sozialen Stufenleiter weiter nach unten zu rutschen. Prekäre Beschäftigung ist jetzt zunehmend auch ein Männerschicksal, ebenso die von Türkis-Blau beschlossenen neuen Arbeitszeitmodelle des Zwölfstundentages oder einer wöchentlichen Arbeitszeit von 60 Stunden. Die erste Tat der jüngsten Regierung ist die Abschaffung der von der Vorregierung eingeführten Hacklerregelung unter dem Vorwand, Frauen hätten sowieso nichts davon. Rolle rückwärts ...

Im Würgegriff der Politik

Vor 45 Jahren wurde von der UNO-Generalversammlung das Internationale Jahr

der Frau ausgerufen. Es folgten UNO-Dekaden der Frau und Frauenweltkonferenzen (bei der letzten 1995 in Peking war ich dabei) mit entsprechenden Aktionsplänen. Entscheidend für politische Veränderungen war damals der außerparlamentarische feministische Druck von Links. Das hat Parteien und Politik angeschoben, sich zu bewegen – und nicht die gutbezahlten Spin Docs aus der Beraterbranche.

Doch immer wieder stoßen Frauen an die Grenzen von Kapital, Arbeit und Patriarchat. Der politische Frauenalltag ist zäh, wie auch der Film »Die Dohnal« von Sabine Derflinger (derzeit in österreichischen Kinos) anschaulich zeigt. »Aus taktischen Gründen leise zu treten, hat sich noch immer als Fehler erwiesen«, heißt es zu Beginn des Films (großartig der musikalische Auftritt von Yasmo dazu!). Das wurde Johanna Dohnal zum Verhängnis, als sie nach einem Gespräch mit Bundeskanzler Vranitzky offen über ihre Pläne sprach: Sie wollte bis Ende 1995 nach der Bundesfrauenkonferenz, nach der Präsentation des Zehn-Jahres-Frauenberichts und nach ihrer Teilnahme an der UNO-Frauenweltkonferenz in Peking aus der Regierung ausscheiden. »Das öffnete die Schleusen für ein leichtes Spiel«, wird aus ihren Tagebüchern zitiert. Aus der Zeitung erfuhr sie, dass sie schon vorher gehen soll. Am 31.3.1995, nachdem Dohnal sich dem Koalitionsabkommen mit der Absage an die Karenzregelung gebeugt hatte, wurde sie vor aller Augen vorzeitig demontiert. Diese Filmszene der Erniedrigung zeigt die nervliche Belastung am Ende ihrer politischen Karriere, begleitet von einer Musik, die an Herzklopfen erinnert.

Die Verzweiflung, das weibliche Ruder im männlichen Strom in der Hand zu behalten, drückt sich nicht zuletzt auch in der jetzigen Mitgliederbefragung von SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner aus, die in den nächsten Wochen von der Basis wissen möchte, ob sie die richtige Person an der Spitze der Sozialdemokratie sei. Das ist der freie Fall ins Messer männlichen Machtkalküls. Ich hoffe nicht, dass Rendi-Wagner über die Medien von ihrem weiteren politischen Werdegang erfahren wird. |

**Ich hoffe nicht,
dass Rendi-
Wagner über
die Medien von
ihrem weiteren
politischen
Werdegang
erfahren
wird.**

Wir lieben Steuern!

Feministischer Widerstand & Kampf für ein gutes Leben für alle.

ELISABETH KLATZER

Aus feministischen Visionen eines guten Lebens für alle ergeben sich mehrere strategisch wichtige Projekte der Transformation. Eines davon ist der Kampf um gute gesellschaftlich organisierte Leistungen für alle. Dazu gehören Geschlechtergerechtigkeit und Versorgung aller in allen wichtigen Lebensbereichen wie Gesundheit, Bildung, Gewaltschutz, Wohnen, Kunst und Kultur, Betreuung, Pflege, Einkommenssicherheit, funktionierender Rechtsstaat und vieles mehr. Und für all das braucht es ausreichend öffentliche Einnahmen.

Femme Fiscale, ein Netzwerk feministischer Organisationen, rückt mit der Kampagne »Wir lieben Steuern!« die Fiskalpolitik ins Zentrum des feministischen Engagements. Steuergerechtigkeit, faire Beiträge von Konzernen, Vermögenden und der Einkommenselite sind ein ganz wichtiger Teil des feministischen Kampfes für ein gutes Leben für alle.

Unser Sozialstaat mit öffentlichen Dienstleistungen und Sozialversicherungssystemen sind wichtige Bausteine in Richtung eines Guten Lebens für alle. Er ist wie ein großes Haus, nicht perfekt, es gäbe viel, das verbessert, ausgebaut und demokratisiert werden muss. Gerade um Geschlechtergerechtigkeit zu realisieren, braucht es viele Zubauten und Renovierungen, damit alle einen guten Platz finden.

Dennoch, wir befinden uns derzeit schon zu lange im Abwehrkampf. Die Strategie der Regierung ist nicht nur, den Sozialstaat, der wie ein großes Haus ist, in dem

alle Platz finden sollten, zu vernachlässigen, sondern aktiv die Spitzhacke an den Fundamenten anzusetzen.

Die Strategie, das gemeinsame Haus zu beschädigen, ist simpel, aber wirkungsvoll, da es wenig Widerstand gibt: Regelmäßig sehen wir einen Zyklus in zwei Schritten: Zunächst werden Steuersenkungen versprochen und auch umgesetzt. Die Regierung setzt auf drastische Kürzungen bei den Steuereinnahmen. Und der zweite Schritt folgt auf dem Fuß: Drastische Senkungen – oder fehlende Erhöhungen – bei Ausgaben in jenen Bereichen, die für die soziale Absicherung und Geschlechtergerechtigkeit wichtig sind. Begleitet von rassistischer und/oder antifeministischer Rhetorik, je nachdem, wo die Kürzungen gerade durchgeführt werden.

Mittlerweile ein sich wiederholendes Spiel, auf das allzu viele hereinfallen. Mit der Rhetorik der »Steuerlast« wird völlig ausgeblendet, dass Steuereinnahmen das Fundament für öffentliche Leistungen, für eine gerechtere Verteilung und den gemeinsamen Wohlstand sind. Diese Rhetorik dient vor allem dazu, den Boden aufzubereiten: So lassen sich die Beiträge der Konzerne und Einkommenselite senken, die sich zuweilen mit Parteispenden dankbar zeigen. So wird HERRschaft gestärkt: Einkommen, Reichtum und Einfluss jener – vorwiegend Männer – wird ausgebaut, die ohnehin bereits obszön viel davon haben. Und das Steuersystem wird Schritt für Schritt ungerechter: Der Anteil der Umsatz-



und Verbrauchssteuern am Steueraufkommen steigt. Das belastet jene, die ohnehin weniger Einkommen haben, viel stärker. Die Steuerpläne der Regierung bedeuten steigende Ungerechtigkeiten. Und damit auch besonders die Geschlechterungleichheiten.

Und hierbei zeigt sich eine erschreckende Kontinuität der Türkis-Blauen Strategie im Regierungsprogramm von Türkis-Grün. Die Pläne der Regierungbürden uns allen hohe Kosten auf: 5,7 Milliarden jährlich an Geschenken durch Steuerkürzungen werden verteilt, wobei der große Teil Konzernen und Besserverdienenden zugutekommt: Senkung der Unternehmensbesteuerung (KöSt), Senkung der Einkommenssteuer für die höheren Einkommen, Steuerzuckerl für WertpapierbesitzerInnen, Gewinnfreibeträge und anderes mehr. Und die Kosten tragen wir alle.

Diesen Trend gilt es umzukehren: Es braucht volle Kassen für ein gutes Leben für alle. Grundsätzlich ist in Österreich genug da: Die Einkommen und Vermögen steigen, konzentrieren sich aber immer mehr in den Händen weniger. Mittlerweile kommt (fast) die Hälfte des Gesamteinkommens nur »den obersten« 20 Prozent der Menschen zu. Die Hälfte der Bevölkerung besitzt zusammen nur zwei Prozent des gesamten Vermögens, während der Rest unter wenigen Privilegierten geteilt wird: Das reichste eine Prozent besitzt ein Drittel des Vermögens. Anders ausgedrückt: Wenige haben obszön viel, während viele

Elisabeth Klatzer ist Vorstandsmitglied von Attac Österreich und als feministische Ökonomin zu geschlechtergerechter Budget- und Steuerpolitik aktiv. Sie ist Mitglied der Gruppe **Femme Fiscale**.

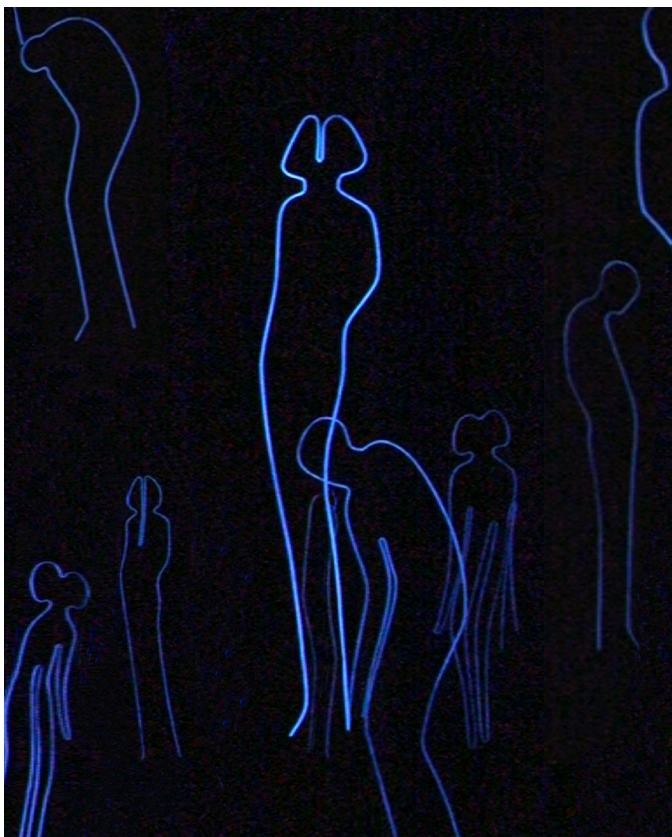
Die **Femme Fiscale** ist eine Initiative von Gruppen und Netzwerken, die sich für geschlechtergerechte Steuer- und Budgetpolitik einsetzt. Mit dabei sind unter anderem **FeministAttac, Attac, Frauenring, Plattform 2000frauen, Katholische Frauenbewegung Österreichs, Netzwerk österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen, OBRA – One Billion Rising Austria, WIDE, Watch Group. Gender und öffentliche Finanzen.**

wenig oder zu wenig haben. Und wo die meisten Frauen sind, ist bekannt. Es ist genug da: Jene die viel haben, sollen auch mehr zu den Steuereinnahmen beitragen.

Die Kampagne »Wir lieben Steuern!« soll dazu beitragen, die Dynamik umzudrehen, vom Abwehrkampf in die Offensive zu kommen. Von der Politik der leeren Kassen – Steuersenkungen als Rechtfertigung für Leistungskürzungen – zu öffentlichen Finanzen in Fülle für ein gutes Leben für alle.

Dabei geht's im Kern darum, das Steuersystem gerechter zu machen: es ist beschämend und empörend, dass in Österreich jene, die ohnehin viel haben, immer weniger zu den Steuereinnahmen beitragen. Es ist beschämend und empörend, dass bei rasch steigender Vermögensungleichheit in Österreich die Vermögenden minimal Steuern zahlen: mit 1,3 Prozent der Gesamtabgaben ist der Beitrag der Vermögenden verschwindend gering. Und Reiche vererben an Reiche und zahlen keine Erbschaftsteuer, da diese in Österreich seit langem erfolgreich verhindert wird. Auch Steuerbetrug und -hinterziehung werden nicht entschieden genug bekämpft. Es braucht eine progressive Besteuerung von Unternehmen (höhere Steuern für größere Unternehmen und geringe für kleine Unternehmen) und höhere Steuern für hohe Einkommen. All das ist dringend nötig, um unser gemeinsames Haus auszubauen. Wir wollen nicht unter der Last der Luxus-Penthäuser zusammenbrechen, sondern kämpfen für ein schönes und gutes Haus für alle. Vorschläge gibt's genug, wie das Steuersystem gerechter werden kann. Es geht darum, in Bewegung zu kommen, um diese auch umzusetzen.

Wir stellen in den Mittelpunkt der Kampagne, dass eine gerechte Besteuerung mit ausreichend Einnahmen für den Erhalt und Ausbau des gemeinsamen sozialstaatlichen Hauses dringend nötig ist. Wir brauchen, gerade um Geschlechtergerechtigkeit und ein gutes Leben für alle zu ermöglichen, eine gut gefüllte Kasse! Das ist eine Voraussetzung für dringend nötige Investitionen in öffentliche Leistungen, Güter und Infrastruktur und bei gleichzeitiger Arbeit am geschlechtergerechten Umbau für ein gutes Leben für alle! ■



Marianne Maderna: Humanimals, Skulptureninstallation
Dominikanerkirche/Krems Zeitkunst, Niederösterreich 2013

ART

Die Rettung der Welt kommt von den Frauen!

Interventionen der Universalkünstlerin
Marianne Maderna.

Interview von EVA BRENNER.

In zahlreichen Medien – von Zeichnung, Skulptur und Installation, über Video, Performance und Musik bis hin zu Texten – befasst sich Marianne Maderna (* 1944 Wien) kritisch mit gesellschaftsrelevanten Fragestellungen, insbesondere mit hierarchischen Macht- und Gewaltstrukturen sowie dem Verhältnis der Geschlechter. 2005 versah sie in einer abenteuerlichen Kletter-Performance einen Wiener Flakturm mit den Graffiti

HISTORYSTERIA, WA(R)S YOU, TIE(D) WORLD. 2013 präsentierte sie in der Dominikanerkirche Krems ihr Weltentheater HUMANIMALS, eine Groß Installation mit tausenden nachleuchtenden Skulpturen, die an Schnüren hängend im Raum schweben. 2015 positionierte sie im Arkadenhof und der Aula der Universität Wien die Installation RADICAL BUSTS.

Die Künstlerin lebt in Wien sowie in einer Kartause aus dem 14. Jahrhundert in Aggsbach-Dorf, Niederösterreich, wo sie als »freiwillige Einsiedlerin« wohnt und (zumeist) im Freien arbeitet. Inmitten des weitläufigen Geländes sind Schuttböden mit ihren Skulpturen und Installationen eingerichtet, die auf Voranmeldung besichtigt werden können. Ihr Werk ist in mehreren öffentlichen Sammlungen vertreten.

»Sie kommen in der Dunkelheit – den Rest übernimmt die Zeit.«

HUMANIMALS (2013) heißt die fantastische multimediale Installation, die die Künstlerin 2013 für Zeit Kunst Niederösterreich in der romanischen Dominikanerkirche Krems schuf. Hier verdichtet Maderna ihre radikal-feministische Kritik an hierarchischen Gesellschaftsstrukturen und mobilisiert gegen die Übermacht aktueller und vergangener »Phalloider«, »Krawattituden« oder »Web-Freaks«. In ihrem 2019 bei sonderzahl erschienenen Buch HUMANIMALS or the INVENTRESS of wheel Acts entwirft sie ein Welttheater, in dem ihr alter ego der INVENTRESS zusammen mit von ihr bemalten Fighterinnen den Kampf gegen die »Big-Rulers« dieser Welt aufnimmt. Dieses DaDa-eske Dramolett verbindet Animationsfilm mit totemistischer Live-Bemalung weiblicher Modelle und einer Tonspur aus Sprachfragmenten, primitiven Lauten und mythologischen Zita-

ten. Durch die Intervention der INVENTRESS endet das grotesk-düstere Polit-Spektakel der »Gemächtler« schließlich in einem befreienden Trance-Ritual. »Auch das Rad wurde einst von Frauen erfunden. Die Rettung der Welt kommt von den Frauen«, sagt Maderna mit voller Überzeugung.

2013 schritt die Künstlerin mit selbstkonstruierten Wasserschuhen als »Päpstin« über die Donau.

2015 stellte Maderna erstmals anlässlich der 650-Jahr-Feier der Universität Wien 36 vergoldete Büsten berühmter Frauen den permanent installierten 153 Büsten und Gedenktafeln männlicher Honoratioren in der Aula der Universität gegenüber.

Handschriftlich versah sie deren Podeste mit den jeweiligen, von ihr verfassten poetischen Biographien.

Wenn ich deine Arbeit betrachte, so fällt nicht nur die radikal feministische Grundhaltung, sondern auch die ungeheure Vielfalt an Medien auf, die du verwendest.

MARIANNE MADERNA: Interdisziplinarität ist selbstverständlich für mich. Ich habe mit Zeichnungen begonnen, mich aber sehr bald der Skulptur und der Performance zugewendet, in der ich meinen eigenen Körper einsetze. Ich lasse mich nicht einengen, je nach Thema und Anforderung ist als Ausdrucksform ein anderes Medium notwendig – Zeichnung, Fotografie, Malerei, Skulptur, Video, Film, Musik, Poesie ...

Manche deiner Arbeiten sind sehr räumlich konzipiert, gewagt, kritisch und humorvoll. Sie erinnern mich an das amerikanische Happening, aber auch an das europäische DaDa.

MARIANNE MADERNA: Ich habe in den 60er-Jahren in Amerika gelebt, allerdings nicht lange, aber ja, der Einfluss ist da – genauso wie von der feministischen Theorie und dem Aktionismus. Aber ich muss nicht in die USA blicken. Wir haben in Österreich ganz hervorragende KünstlerInnen-Persönlichkeiten. Sie werden international zu wenig wahrgenommen.

Würdest du deine Arbeit als politisch bezeichnen?

MARIANNE MADERNA: Ja, durchaus. In meinen Augen ist jede/r KünstlerIn politisch! Wir alle suchen nach der Überwindung von Grenzen, des Leidens in der Welt, des Mediums, wir suchen etwas Neues. In der Bildenden Kunst hat sich das Politische in den letzten Jahren verstärkt. Für mich geht es allerdings um Verschlüsselung von Botschaften – jedes neue Werk verlangt nach einem anderen »Schlüssel«, den ich dazu erfinden muss. Das Rätsel in der Kunst muss bewahrt werden.

In der Skulpturengruppe RADICAL BUSTS (2013) konfrontierst du die Übermacht männlicher Büsten – von Professoren, Rektoren, Wissenschaftlern, – in der Aula der Universität Wien mit Porträts berühmter Frauen aus der Geschichte. Nach welchen Kriterien hast du die Frauen ausgesucht?

MARIANNE MADERNA: Ich ging nicht nur von biografischen Daten aus. Ich trage diese Frauen in mir. Sie müssen mich »beseelen«, bevor ich sie gestalten und formen kann. Es geht also um »Darstellung«, das ist ein »schauspielerischer« Akt. Die in Handschrift auf die Sockel geschriebenen Texte nenne ich poetische Biografien. Alle Büsten stellen Erfinderinnen, Tabubrecherinnen, Künstlerinnen, Wissenschaftlerinnen dar: Olympe de Gouge, Madame Curie, Marie Jahoda, Meret Oppenheim, Lise Meitner, Ingeborg Bachmann oder Maria Lassnig. 36 an der Zahl. Mit RADICAL BUSTS positionierte ich somit erstmals beim 650-Jahr-Jubiläum der Universität Wien die skulpturalen Portraits bedeutender Frauen vis-à-vis der ausschließlich männlichen Büsten.

Deine Installation HUMANIMALS in der Dominikanerkirche Krems gestaltet ein großes Weltentheater mit Skulptur, Performance, Video, Live-Malerei und Musik. Wie kam es dazu?

MARIANNE MADERNA: Ich beobachte das Weltgeschehen, nehme Strömungen auf. Hier habe ich meine Beobachtungen und Erkenntnisse vieler Jahre zusammenfließen lassen.

Deine Gesellschaftskritik ist implizit. Nur finde ich die avantgardistische

Gestaltung und die sehr herausfordernden Film- und Tonspuren nicht leicht zu rezipieren. Wie reagieren die Menschen darauf?

MARIANNE MADERNA: Man muss in die Skulpturen-Installation hineingehen, sich umhüllen lassen. Die Raumschulptur besteht aus 6000 kleinen handgeformten Figuren aus Draht, die mit Leuchtfarbe bestrichen sind und im Dunkel leuchten. Als Pyramide patriarchaler Hierarchien in unserer schönen neuen Welt hängen sie an unsichtbaren Fäden von der Decke. Die vis-à-vis platzierte 3-D Raumprojektion projiziert die Figuren dann nochmals in den Raum – es sind bizarre, Quallen-artige Figuren, PC-Gesichter, Web-Freaks, Krawattenträger ohne Kopf, die den/die BesucherIn virtuell »bespielen«.

Dein Novum Theatrum Mundi ist ein »schwarzes Theater«, es entwirft ein düsteres Bild der Welt. Die »Ermächtler« sind die Protagonisten deines Szenarios – jene »Pinguine«, die wir täglich im TV sehen, die alle gleich agieren und die Welt beherrschen. Das Oratorium ist unterlegt mit rasend lauter Tonspur aus Sprachfetzen und Musik, die die Sinne verwirren. Wie kreierst du ein Werk wie dieses?

MARIANNE MADERNA: Es ist ein langwieriger Prozess. Ich arbeite meist an mehreren Werkzyklen gleichzeitig. HUMANIMALS nahm acht Jahre in Anspruch, inklusive Film und Musik/Ton. Es geht dabei um Rückkoppelung. – Um die Unmöglichkeit, einen fixierten Blick zu erleben. – Um die Möglichkeit, durch Aktivität in »verurteilten« Rebellion den »Starrsinn« entgegen setzen zu können. – Es geht um Entkleidung. – Dann marschieren und gruppieren die »Pinguine« nicht mehr – Ist TIE(D) WORLD – a ME WORLD again.

Wenn eine kleine Drahtfigur ... als Erfinderin des Rades Tätigkeit ..., wenn der schauspielerische Akt es ermöglicht, tätig, tätig zu werden, dann kommt die INVENTRESS of Wheel Acts, die HEUTE oder immer schon Dagewesene. Also gibt es Hoffnung. – Denn SIE kommt – SIE kommen aus der Dunkelheit der HISTORISTERIA – wo sich die Geschichte noch nicht eingeschrieben hat.

Wo bleibt die positive Metapher? Hast du Hoffnung auf die Zukunft?

MARIANNE MADERNA: Nein, ich habe wenig Hoffnung, aber ich kann diese »meine Arbeit« machen. Es ist ein Ritual. – Gleichbedeutend mit den Erfinderinnen, Schamaninnen – später bezeichnet als Künstlerinnen. Alles »läuft« über die Kunst. In der Live-Performance schwirre ich am Ende als INVENTRESS of Wheel Acts durch den Raum, als Schamanin und Welt-Erretterin, unterstützt von meinen Helferinnen. Das sind Frauen, die sich freiwillig zur Verfügung stellen und deren Gesichter ich in der Performance bemale.

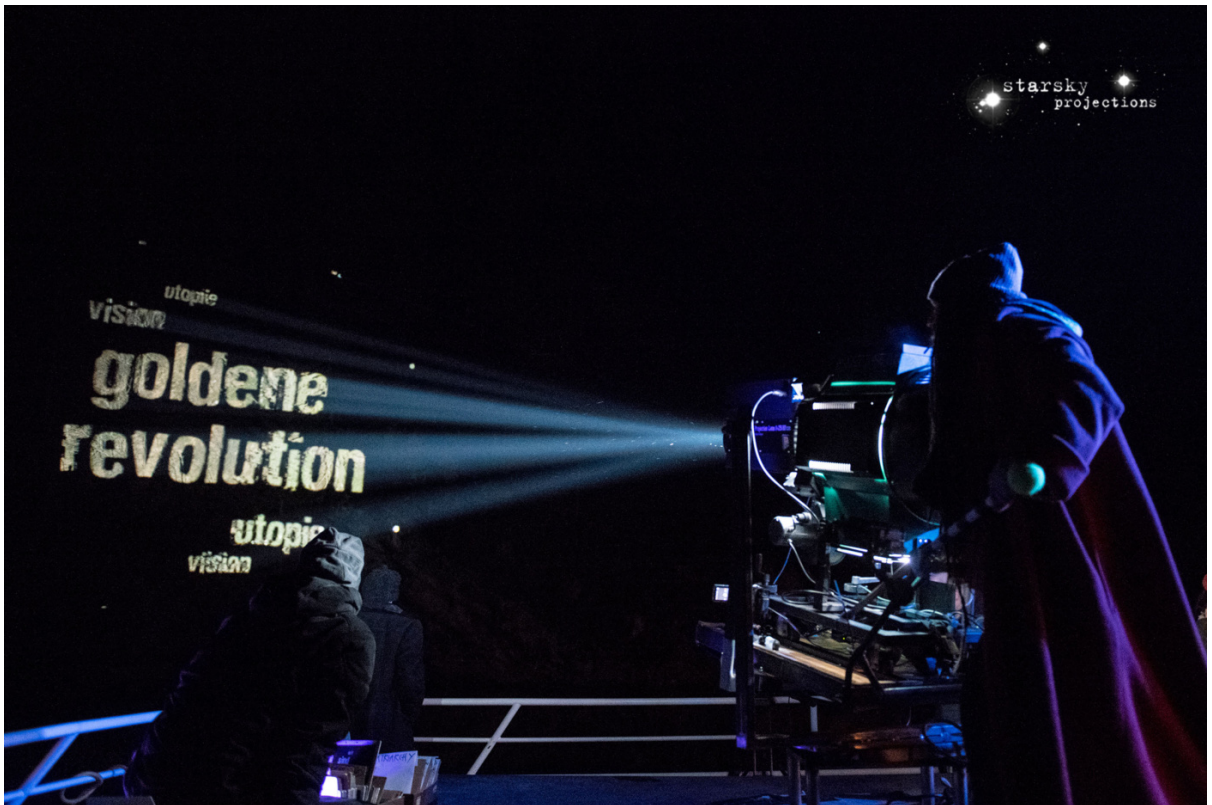
Wie kommst du zu diesen fantastischen Figuren?

MARIANNE MADERNA: Ich schaue mich um in der Geschichte, aber ich erfinde sie. Ich liebe Comics und Science Fiction, vergleichbar mit früheren Sagengestalten. Die Frauen sind hier magische SciFi-Figuren, die den Abwehrzauber gegen die männlichen Horden der »Big Rulers« veranstalten. Das ist ein ritueller Vorgang, sie helfen mir als INVENTRESS im Kampf, das Böse in der Welt auszutreiben. Wenn du in einer dieser Masken auftrittst, bist du jemand anderer, dann bist du zu allem fähig. Die Frauen sind Rebellinnen.

Greifst du auf Theorien zurück, z. B. Canettis Masse und Macht?

MARIANNE MADERNA: Nein, Theorien und Bezüge kann man nachträglich dazufügen. Ich schaue mir die Welt jetzt an. Alle starren auf ihre Smartphones und Screens. Ihre Körper, ihre Sinne verkümmern. Das Hordenwesen verstümmelt die Menschheit. Das ist heute schon wieder die Stimmung, also nichts dazugelernt aus den Bild-Reportagen über »Big Rulers« Mimik und daraus folgender Manipulierbarkeit der Masse. Nichts dazugelernt für Selbstbestimmung und Verantwortung.

Als Künstlerin und Einzelperson ist mir nur ein Ausweg geblieben, es ist die Erfindung einer Science-Fiction Erzählung, eines Dramoletts. Deren Hauptdarstellerin, eine Sci-Fi-Fighterin, kann Frauen durch Graffiti-Face-Bemalung Macht verleihen, um dann gemeinsam mit ihr wieder eine neue und nicht-kontaminierte Welt erschaffen zu können. ■



STARSKY

Wir sind die goldene Revolution!

Der Zeitraffer, den starsky mit dem Projekt »100 Jahre in 100 Minuten« quer durch die Entwicklung von Frauen*rechten und Frauen*realitäten vornahm, findet am 21. März einen freudvollen, lauten End- und Auftakt für die Zeit danach.

BÄRBEL DANNEBERG

Im Atelierhaus der bildenden Künste in Wien, dem Semper-Depot, wird es nach den zahlreichen Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag ein fulminantes Symposium samt Ausstellung, Workshops und Performance geben. In der Gesamtheit soll das Programm das Geschehene des einjährigen Projekts von starsky zu 100 Jahre Frauen*wahlrecht zusammenfassen und Fragen stellen: Was hat sich verändert und was nicht, welche Forderungen sind erfüllt worden? Welche sind immer noch tagesaktuell? Wo stehen wir? Was ist zu tun und wie?

Im Gespräch mit der *Volksstimme* erzählt die multimediale Künstlerin starsky von ihren Projekten, dem Ideenreichtum und deren Verwirklichung – immer unter dem Zeichen, »urwenig Budget und mangelnde öffentliche Unterstützung« zu haben. »Die Ideen für meine Arbeit kommen durch mein Arbeiten selbst, das gibt mir Anstoß zu den Texten, Bildern, Raumplänen.« Störung ist ein feministisches Prinzip, meint sie. Hat das Projekt »100 Jahre in 100 Minuten« wen gestört? starsky: »Die Riege

von Männern stört's, sie lehnen feministische Äußerungen ab und empfinden es als Bevorzugung, wenn Frauen sich das Wort nehmen. Die finden, Frauen sind doch eh schon gleichberechtigt – und das nach hundert Jahren Frauen*wahlrecht ...«

Mit dem Projekt »100 Jahre in 100 Minuten« war starsky ein Jahr lang in Österreich unterwegs, hat öffentliche Räume, Landschaften und Gebäude mit ihren Botschaften belichtet und Diskussionen durch provokante Textbotschaften ausgelöst. Im vergangenen November wurde z. B. der Karl-Seitz-Hof, ein berühmtes Exemplar sozialdemokratischen Wohnbaus in Foridsdorf, mit Botschaften und einer Propagandamaschine für's Publikum bespielt, wo verdiente Frauen* aus dem Bezirk zu Wort kamen. Wie haben die Leute reagiert? starsky: »Da hat es offene Diskussionen mit Mieterinnen gegeben. Als wir dem Mieterbeirat sagten, wir wollen ein feministisches Projekt machen, ob das geht, haben die gesagt: Ja super, da helfen wir euch.«

Wir wollen alles!

starskys Arbeit hat viel mit technischem Know-How zu tun, hat sie darin eine Ausbildung, frage ich. starsky lacht. »Das werden auch nur Frauen gefragt, so wie: hast du Kinder? Ich habe Diaprojektoren, Video, fette Technikbatterien, die ich zusammenschnorre ... Ich habe nie Geld bekommen für technische Erweiterungen. Jetzt habe ich ein neues Gerät gebaut für die nächsten zwei Jahre.«

Woher kommt der Optimismus für Visionen und eine Goldene Revolution? »Bei mir ist das Scheitern immer einkalkuliert. Wir machen Experimente, die können natürlich auch mal daneben gehen«, sagt starsky. Ein Scheitern wäre, »wenn die Kommunikation nicht angenommen wird. Doch man lernt vom Scheitern. Und ich bin Anarchistin und brauche Freiräume.«

Was erwartet uns am 21. März? »Wenn ich das wüsste!« lacht starsky. »Viele Tische von Organisationen mit ihren Botschaften, viele Sessel, viel Gesprächsbereitschaft, Sichtbarmachen, Workshops, eine Tafel der Visionen, Redezeit, Papier und unfertige Kollagen aus vergangenen Aktionen. Jede* bringt einen Beitrag zur Tafel der Visionen mit, fünf Minuten Redeformat, das hat sich als gut erwiesen. Der Abschluss wird poetisch, dazu ist der Raum wie gemacht ... Das Gesamtprojekt – im Semper-Depot arbeiten bis zu 60 Leute mit – switcht zu den Visionen: 100 Jahre lang haben wir zurecht geschimpft und wir werden weiter lästig sein, aber an diesem Tag werden wir nicht mehr aus der Position des Mangels argumentieren, sondern wir wollen die Goldene Revolution!«

100 Jahre in 100 Minuten #005

Wir sind Vision! Wir sind die Goldene Revolution!

21. März 2020 | 14–24h

Symposium | Ausstellung | Workshops | Diskurs | Polymediale Live Performance (Beginn 20h)

Atelier Haus, Akademie der bildenden Künste,

Lehargasse 6-8, 1060 Wien

Alles für Alle: Eintritt frei !!!



PFLEGE

Community Nursing statt Überausbeutung

HEIDE HAMMER im Gespräch mit Katarína Staroňová über die Gesundheitsversorgung in Österreich.

Katarína Staroňová ist auch medial bekannt – sie kam 2011 nach Graz, um nach einem zweimonatigen Crash-Kurs in der Slowakei als 24h-Betreuerin zu arbeiten. Auch wenn sie diese Lohnarbeit wegen des in Aussicht gestellten tollen Verdienstes antrat und wie so viele ihr Lehrgeld bezahlte, ist die heute als diplomierte Krankenpflegerin in einem Wiener Spital Tätige überzeugt, dass der Pflegebereich für sie genau das Richtige sei. Katarína hat sich trotz ihres schwierigen Berufseinstiegs das Interesse und die Neugier an Menschen bewahrt, wesentliche Voraussetzungen für den körperlich wie psychisch anstrengenden Beruf.

Als wir uns bei der Demo am 5. Februar für die 35-Stunden-Woche in der Sozialwirtschaft gesehen und zum Interview verabredet haben, hast du betont, nicht nur über Pflege sprechen zu wollen. Wie geht es dir nun als diplomierte Krankenpflegerin auf einer neurologischen Station?

KATARÍNA STAROŇOVÁ: Ich bin nun Vertragsbedienstete der Stadt Wien. Ich hatte Glück, meine Ausbildung zur Diplomkrankenschwester mit Unterstützung des WAFF [Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds], einem sog. Fachkräftestipendium, absolvieren zu können. Ich finde es schade, dass diese Möglichkeit nicht mehr angeboten wird, auch weil es mittlerweile ein Bachelor-Studium ist. Es hat die Krankenpflegeausbildung auch für Personen in späterem Alter ermöglicht, und wie wir alle von Prognosen und Medienberichten wissen, mangelt es überall an diplomiertem Pflegepersonal. Nur ganz wenig 24h-BetreuerInnen haben diesen Umstieg von der Betreuung in die professionelle Pflege geschafft. Es war nicht einfach. Ich habe die Aufnahmeprüfung beim zweiten Versuch geschafft, dazu musste ich meine Deutschkenntnisse verbessern. Der Unterschied zwischen Arbeit im Krankenhaus und in der 24h-Betreuung ist riesig – auf meiner Station arbeite ich in einem tollen Team, wir können uns aufeinander verlassen und dafür sorgen, dass es PatientInnen und deren Angehörigen trotz schwieriger Erkrankungen gut geht. Man hat auch alle notwendigen Hilfsmittel zur Verfügung,

